

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

41. Sitzung  
27. Juni 2024

Beginn: 14.07 Uhr  
Schluss: 17.17 Uhr  
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Herrn Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **a) Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „In der vergangenen Woche veröffentlichte die Senatsverwaltung für Bildung einen Aufnahmestopp für den Berliner Notdienst. Was hat es mit diesem Aufnahmestopp auf sich?“  
(Fraktion der CDU)

- „Laut Presseberichten erhöht sich der Einstellungsbedarf bei Lehrkräften zum kommenden Schuljahr auf etwa 5.000 Vollzeitstellen. Von welcher Personallücke – also Vollzeitstellen, die zum kommenden Schuljahr voraussichtlich nicht besetzt werden können – geht der Senat aktuell aus?“  
(Fraktion Die Linke)
- „Das Wort der Senatorin gilt wohl kaum, angesichts dessen, dass die freien Schulen derzeit nur einen vorläufigen Förderbescheid mit den Zuschusswerten von 2023 vorliegen haben, die Schulzuschussbescheide für 2024 noch nicht bearbeitet wurden und die zugesagten zusätzlichen Mittel in Höhe von 1% zur Bezuschussung der freien Schulen für dieses Jahr ebenfalls noch nicht beschieden und ausgezahlt wurden – und daher fragen wir, welche konkreten Auswirkungen haben die Sparmaßnahmen des Senates auf die finanzielle Situation der freien Schulen in diesem und im nächsten Jahr?“  
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mündlich wird folgende Frage gestellt:

„Die zunächst abgesagte Abiturfeier an dem Gymnasium Tiergarten findet nun doch statt. Inwieweit hat darauf die Senatsverwaltung für Bildung Einfluss genommen und was ist jetzt das Ergebnis?“  
(AfD-Fraktion)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) beantworten diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

Die Fraktion der SPD hat keine schriftliche Frage eingereicht und verzichtet darauf, eine spontane, mündliche Frage zu stellen.

#### **b) Bericht aus der Senatsverwaltung**

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) berichtet und beantwortet zusammen mit Frau Stappenbeck (SenBJF), Herrn Salchow (SenBJF) und Herrn Duveneck (SenBJF) Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Berichten und den Nachfragen im Einzelnen siehe Inhaltsprotokoll).

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/1746

[0258](#)  
BildJugFam

**Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes,  
des Lehrkräftebildungsgesetzes und der Bildungs-  
laufbahnverordnung**

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt zu der Vorlage zur Beschlussfassung einleitend Stellung.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1746 – wird einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung.

Eine entsprechende dringliche Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- |    |  |  |
|----|--|--|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Einführung und Ausgestaltung des 11. Pflichtschuljahres im Sinne eines Berufs-Chancenjahres</b><br>(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | <a href="#">0253</a><br>BildJugFam               |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 19/1628<br><b>Gelungende Berufsorientierung: Perspektivenjahr statt Pflichtschuljahr!</b>  | <a href="#">0244</a><br>BildJugFam(f)<br>ArbSoz* |
| c) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD<br>Drucksache 19/1663<br><b>11. Pflichtschuljahr – durchdacht und langfristig angelegt im Sinne eines Berufs-Chancenjahres einführen!</b>             | <a href="#">0251</a><br>BildJugFam(f)<br>ArbSoz* |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.06.2024

Die Vorsitzende gibt einleitend folgende Hinweise:

Die Punkte 3 a), 3 b) und 3 c) der Tagesordnung standen bereits in Verbindung mit einer Anhörung auf der Tagesordnung der 40. Sitzung am 13. Juni 2024 und wurden zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt.

Das Wortprotokoll liege vor.

Der Besprechungsbedarf zu den Punkten 3 a), 3 b) und 3 c) sei bereits in der besagten Sitzung begründet worden.

Zu den Punkten 3 b) und 3 c) liegen dem Ausschuss die Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses für Arbeit und Soziales vor.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt, den Antrag – Drucksache 19/1628 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abzulehnen. Zu dem Antrag – Drucksache 19/1663 – empfiehlt der Ausschuss für Arbeit und Soziales mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag anzunehmen.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 3 a):

Der Besprechungspunkt wird abgeschlossen.

Zu Punkt 3 b):

Der Antrag – Drucksache 19/1628 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Zu Punkt 3 c):

Der Antrag – Drucksache 19/1663 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke angenommen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung.

Eine entsprechende dringliche Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Volkshochschulen in Berlin: Perspektiven der VHS-  
Dozent\*innen nach dem Herrenberg-Urteil**

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke)

[0254](#)

BildJugFam

Frau Abg. Wojahn (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Fraktionen.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Dr. Raiser (SenBJF) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung zu diesem Punkt abzuschließen.

### Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0224](#)  
**Aktuelle Situation der Kita-Eigenbetriebe: pädagogische Arbeit, Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und Perspektive** BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0259](#)  
**Aktuelle Situation der Kita-Eigenbetriebe aus Sicht der Elterninitiative „Einhorn sucht Bildung“** BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

### Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesen Punkten eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 5 a) für die Antrag stellenden Fraktionen.

Herr Abg. Simon (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 5 b) für die Antrag stellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) nehmen einleitend Stellung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Tina Böhmer, Gewerkschaftssekretärin, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
- Frau Claudia Freistühler, Kaufmännische Geschäftsleiterin, Kindergärten City, Eigenbetrieb von Berlin,
- Frau Maria Krüger, Mitgründerin der Elterninitiative „Einhorn sucht Bildung“,
- Frau Sabine Radtke, Pädagogische Geschäftsleiterin, Kindergärten NordOst, Eigenbetrieb von Berlin,
- Frau Martina Regulin, Vorsitzende, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Berlin, GEW BERLIN.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 5 a) und 5 b) zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

- |    |  |   |
|----|--|---|
| a) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD<br>Drucksache 19/1666<br><b>Pflegekinder und ihre Familien stärken</b>  | <a href="#">0250</a><br>BildJugFam<br>BuEuMe(f) |
| b) | Antrag der AfD-Fraktion<br>Drucksache 19/1066<br><b>Zum Wohle besonders benachteiligter Kinder – Pauschalen für den Lebensunterhalt für Pflegekinder erhöhen und die Arbeit von Pflegeeltern wertschätzen</b>          | <a href="#">0183</a><br>BildJugFam<br>Haupt     |
| c) | Antrag der AfD-Fraktion<br>Drucksache 19/1288<br><b>Zum Wohle der Kinder und zur Entlastung von Pflegeeltern und Jugendämtern: örtliche Zuständigkeit der Jugendämter an den Wohnorten der Pflegeeltern ausrichten</b> | <a href="#">0217</a><br>BildJugFam              |

Die Vorsitzende gibt einleitend folgende Hinweise:

Der Punkt 6 b) der Tagesordnung stand bereits in Verbindung mit einer Anhörung auf der Tagesordnung der 24. Sitzung am 31. August 2024 und wurde zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt.

Das Wortprotokoll liege vor.

Der Besprechungsbedarf zu Punkt 6 b) sei bereits in der besagten Sitzung begründet worden.

Herr Abg. Freier-Winterwerb (SPD) begründet den Antrag zu Punkt 6 a) für die Antrag stellenden Fraktionen.

Herr Abg. Weiß (AfD) verzichtet auf die Begründung des Antrages zu Punkt 6 c) der Tagesordnung.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 6 a):

Der Antrag – Drucksache 19/1666 wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD-Fraktion angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien.

Zu Punkt 6 b):

Herr Abg. Weiß (AfD) beantragt, das in dem Antrag genannte Berichtsdatum „31. Oktober 2023“ zu ändern und durch die Angabe „31. Dezember 2024“ zu ersetzen. Der Ausschuss stimmt diesem Änderungsantrag einvernehmlich zu.

Der Antrag – Drucksache 19/1066 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Dezember 2024“ abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Zu Punkt 6 c):

Herr Abg. Weiß (AfD) beantragt, das in dem Antrag genannte Berichtsdatum „29. Februar 2024“ zu ändern und durch die Angabe „31. Dezember 2024“ zu ersetzen. Der Ausschuss stimmt diesem Änderungsantrag einvernehmlich zu.

Der Antrag – Drucksache 19/1288 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Dezember 2024“ abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Bericht über Kindertagesstättenentwicklungsplan:  
Umsetzung des Kindertagesstättenausbaupro-  
gramms, Bedarfsentwicklung und Fachkräfteaus-  
stattung in Kitas (RN 1092 B)**

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0209](#)

BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.11.2023

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, den Punkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 8 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Ausschusstermine für das Jahr 2025 (Anlage).

Die nächste (42.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 05.09.2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari

Tonka Wojahn